

Forderung für eine neue Immigrationspolitik

☒ Einwanderung muss der Gastnation nützen. Der Urlaub, den Europa von der Realität genommen hat, muss endlich beendet werden. Wir haben extreme und explosive demographische Probleme. Wenn sie nicht gelöst werden, kann dies den gesamten Kontinent mit seiner Kultur auslöschen.

(Von Christa v. Akimoff)*

Wesentliche Ursache des Bombenattentats in Boston ist die selbstzerstörerische US-amerikanische Immigrationspolitik. Sie hat bereitwillig die Infiltration durch eben jene Elemente ermöglicht, die des Landes Feinde sind und sich gewalttätigen Ideologien verschrieben haben.

Im Zeitalter politischer Korrektheit und kollektiver nationaler Schuld kann die Frage nach einer Einwanderung zum Nutzen des Volkes nicht gestellt werden, ohne dass sich das übliche laute Geschrei über Fremdenfeindlichkeit und Rassismus erhebt, welche die dringend notwendige Debatte und öffentliche Diskussion dieses Themas im Keim ersticken soll. Besonders in Deutschland schlagen Gruppen und Verbände aus den dunklen Kapiteln deutscher Geschichte Kapital, die gut daran täten, sich endlich der eigenen Vergangenheit zu stellen.

Es darf nicht länger als perfide und unredliche Strategie funktionieren, wenn Elemente, die selbst mehrheitlich große Aversionen gegen das jüdische Volk kultivieren (52% aller Türken sind laut einer Studie judenfeindlich), die deutsche Vergangenheit zur Erzeugung von Schuldgefühlen benutzen, um einseitige Zugeständnisse zu erzwingen.

Das Gleiche gilt für Engländer und Franzosen und ihre Kolonialpolitik. Ziel der Schuldzuweisungen ist nicht eine

ehrlische und integrale Aufarbeitung dunkler Geschichtskapitel, sondern Gefügigmachung im Sinne unbegrenzt auszuweitender politischer und wirtschaftlicher Ausbeutbarkeit. Deutlich sind die gebetsmühlenartig vorgetragenen Anklagen der Humus, auf dem immer neue Zugeständnisse wachsen sollen, wie unverschämt, maßlos und einseitig sie auch immer sein mögen.

Es ist weder Zeichen von Integrität noch Toleranz, dieser korrupten Mentalität nachzugeben.

Man begreift in Europa langsam mehrheitlich, dass das unermüdliche Dreschen des Strohs historischer Schuld ad Infinitum nichts ist, als ein manipulativer Akt zur Durchsetzung immer weiter gehender Forderungen nach einseitigen Privilegien, der sich aus Verachtung und Respektlosigkeit der europäischen Kultur speist.

Die europäischen Länder müssen sich aufrichten und ihre nationale Identität und ihr nationales Selbstbewusstsein wiederfinden, als die leistungsfähigen demokratischen und freiheitlichen Staaten, als die sie sich seit 1945 erwiesen haben.

Für Deutschland bedeutet dies konkret: Enge, unverbrüchliche und solidarische Beziehungen zu Israel und dem jüdischen Volk sind DIE Voraussetzung und der Weg einer Wiedergutmachung in der Zukunft. Hetzkampagnen gegen Israel dürfen in Deutschland kein Echo finden. Es ist unabdingbar, den Feinden Israels energisch entgegen zu treten und klar zu machen, dass Judenhass – zumal und vor allem als integraler Bestandteil einer Ideologie – bei uns auf entschiedenen Widerstand stößt und die Ideologie, die dies vertritt, öffentlich bloß gestellt wird.

Konkret: Die diskriminierende Doktrin des Islam zu den Juden und zum Judentum muss endlich öffentlich diskutiert werden. Dies ist eine sehr deutsche Verpflichtung.

Es wird vielleicht als Treppenwitz in die Geschichte eingehen,

dass Deutschland zum Zeichen seiner Buße für die unter den Juden angerichteten Gräueltaten millionenfach Anhängern einer Ideologie Zutritt gewährt hat, für die die Erlösung dann kommt, wenn endlich alle Juden umgebracht wurden.

Zusätzlich zu einer unterstützenden und solidarischen Haltung dem jüdischen Volk gegenüber muss Deutschland enge, freundschaftliche und produktive Beziehungen pflegen zu den Ländern, die es unter Hitler angegriffen hat: Russland, Frankreich, England, USA und die kleineren europäischen Staaten. Eines muss klar werden: Eine über Generationen geltende Kollektivschuld gibt es nicht. Wohl aber ergibt sich für die heute lebenden Deutschen aus der Geschichte eine Verantwortung jeder Art des Totalitarismus wehrhaft gegenüber zu treten.

Nach und vor dem Hintergrund einer solchen Aufarbeitung muss das deutsche Volk erkennen, dass es wie alle anderen europäischen Völker eine schützenswerte Identität hat, auf die es stolz sein und die es verteidigen darf und muss, ohne dass man es deshalb mit Schimpfnamen belegen dürfte.

Es ist ferner dringend notwendig, dass Deutschland als wesentlichen Baustein der Wiedergutmachung sein gutes und großzügiges Asylrecht endlich bestimmungsgemäß umsetzt. Asyl soll politisch Verfolgten gewährt werden. Durch endlose Verfahren und Duldung gegen Menschen, die sich ohne jemals verfolgt worden zu sein, aus wirtschaftlichen Gründen einen Aufenthalt verschaffen wollen und in manchen Fällen sogar selbst zu den Verfolgern gehört haben (wie z.B. die FIS-Angehörigen aus Algerien oder Jihadisten aus verschiedenen Ländern), bleibt rechtmäßiges Asyl denen verwehrt, für die es vorgesehen ist und die es dringend brauchen, weil ihr Leben millionenfach auf dem Spiel steht. Open Doors spricht von Millionen verfolgter Christen in Ländern mit muslimischer Mehrheit, China und Nordkorea. Aber auch Hindus, Buddhisten etc. sind betroffen. Die durch sofortige Abschiebung unrechtmäßiger Asylbewerber eingesparten Gelder könnten so

endlich bestimmungsgemäß eingesetzt werden. Es ist ein Skandal, dass die großen Parteien mit dem C im Namen hier nicht schon längst aktiv geworden sind und sich weder über die Lage der Christen in den islamischen und kommunistischen Ländern informiert haben noch für sie eintreten. Es glaube niemand, eine solche Preisgabe hätte nicht Rückwirkungen auf das eigene Standvermögen.

Es besteht eine Sorgfaltspflicht des deutschen Staates hinsichtlich der Aufklärung der Öffentlichkeit über totalitäre Strömungen im Land. Was den Rechtsextremismus betrifft, kommt der deutsche Staat dieser Pflicht weitgehend nach, und das ist gut so. Aber anscheinend ist man der Meinung, Totalitarismus könne nur und ausschließlich von rechts kommen, und das ist ein Irrtum.

Wie das Massaker in Boston zeigt, gibt es viel zu viele Einwanderer aus islamischen Ländern, die den westlichen Staaten gegenüber feindselig gesonnen sind und kein Interesse an einer Integration haben, sondern – Unwissenheit, Großzügigkeit und Empathie des Gastvolkes ausnutzend – ihre radikale Ideologie verbreiten und ausleben.

Die Ursachen hierfür sind ENDLICH zu untersuchen und eine davon ist Unwissenheit. Der gravierendste Irrtum der Bush-Regierung war, militärisch auf die islamische Zweiteilung der Welt in Dar-al-Islam (Haus des Islam) und Dar-al-harb (Haus des Krieges) hereinzufallen. Dies war Öl ins Feuer und Bush hätte den Jihadisten keinen größeren Gefallen tun können. Man kann eine Ideologie nicht erschießen. Mit ihrer militärischen Antwort auf den Islam haben die USA sich verzettelt und zur Angriffsfläche gemacht, denn sie haben sich ideologisch auf eben die gleiche unethische Gewaltebene begeben wie Islam und Jihad sie empfehlen. Dies war ein Verrat am Geist der Aufklärung und des Christentums gleichermaßen. Erstaunlicherweise basierte die gesamte US-amerikanische Politik auf Vermutungen anstatt auf Tatsachen.

Fakten über die Inhalte einer Ideologie oder Religion erhält man, indem man ihre verbindlichen Schriften bzw. Grundsatzprogramme heranzieht. Für die handlungsweisende Ideologie von Al-Qaida und Ibn Laden, der Attentäter von Beslan und von Boston (sowie der etwa 20 000 Attacken, die seitdem weltweit stattgefunden haben) gibt es so gut wie keine offizielle westliche Analyse. Folglich beherrscht ein uninformierter, inkompetenter und daher unübersichtlicher Meinungsstreit das Bild über den Islam.

Für den verantwortungsvollen Demokraten ist es daher dringend erforderlich, sich selbst ein auf Fakten begründetes Bild zu machen. Dennoch seien hier ein paar Eckdaten genannt:

Der Koran gilt als das absolute Wort Gottes. Daher sind seine Inhalte für alle Gläubigen verbindlich.

Die Kategorisierung des Islams als Religion ist unvollständig. Religiöse Konzepte bilden nur einen Teil dieser Weltanschauung, die gleichzeitig sehr weltliche, machtpolitische Ziele verfolgt, schon immer verfolgt hat und klare soziale, rechtliche und politische Konzepte im Sinne einer islamischen Dominanz befördert. Diese Einsicht führt zum Verständnis der in den islamischen Ländern geltenden Rechtsprechung, die die freie Religionsausübung von Nicht-Muslimen einschränkt oder in manchen Fällen ganz verbietet.

Generell bezeichnet der Islam Nicht-Muslime in extrem abfälliger Weise als Kuffr. Die Bezeichnung attestiert den Ungläubigen einen Widerwillen gegen die Wahrheit. Hier muss ENDLICH verstanden werden: Die Ungläubigen – das sind wir. Der Koran beschäftigt sich ausgiebig mit den Kuffr, etwa 61% der Schrift sind in nicht eben in freundlicher Weise den Ungläubigen gewidmet. Unter anderem verbietet diese wichtigste heilige Schrift den Muslimen, sich Christen (diejenigen, die Allahs Zorn provozieren) und Juden (Affen und Schweine) zu Freunden zu nehmen. Und die Säkularen, die ‚Gottlosen‘ kommen noch schlechter weg.

Wie – so frage ich mich – sollen Integration und Loyalität eines Menschen in ein europäisches Land und seine Kultur gelingen, dem es kraft Gotteswort verboten ist Freundschaft mit uns zu pflegen und unsere Freundschaft zu erwidern? Welches Maß an Desinformation muss bestehen, um hier auf Integration zu hoffen?

Es ist naiv zu glauben, dass deutsche Produktivität und Arbeitskraft unendlich weit und für einen unbegrenzten Personenkreis reichen, und dass eine unbegrenzte Anzahl von Personen in immer schnelleren Zeitabständen aufgenommen und INTEGRIERT werden kann, ohne dass dies Demokratiefähigkeit, Bildungsstandard, Einkommen und Anzahl der verfügbaren Arbeitsplätze empfindlich beeinträchtigt.

Die unsortierte, uninformierte Massenimmigration ist zu einer Gefahr geworden, deren man in Deutschland vielleicht schon nicht mehr Herr wird. Wir können uns wirtschaftlich, politisch und sicherheitsrechtlich eine unbegrenzte Immigration in der bisher praktizierten Form nicht mehr leisten. Es leben bereits jetzt Hunderte, wenn nicht Tausende gewaltbereiter Jihadkrieger unter uns. Die ersten sind schon nach Syrien aufgebrochen. Wenn sie zurückkommen, sind sie kampferprobt und abgehärtet.

Hier müssen ALLE europäischen Länder SOFORT drastische Maßnahmen greifen:

Unabhängig von Ethnie und Nationalität müssen primäre Kriterien einer Staatsbürgerschaft der Wert des Einwanderers für das Land und seine Sicherheitsaspekte sein.

Immigration aus muslimischen Ländern unterliegt bereits jetzt in starkem Maße dem Einfluss der Jihad-Bewegung und muss vollständig gestoppt werden.

Meinungs- und Religionsfreiheit beinhalten nicht das Recht, Mitglieder anderer Religionszugehörigkeit zu diskriminieren. Das Wort ‚Kuffr‘ ist eine solche Diskriminierung. Die

erklärten politischen Ziele des Islam, nämlich alle Angehörigen anderer Religionen zu unterwerfen (nachzulesen in jedem Koran) sind mit einer freiheitlichen Verfassung unvereinbar, und ebenso wenig die drakonischen Strafen, die der Islam für diejenigen vorsieht, die von ihm abfallen.

Es muss ein Bewusstsein für die Rechte von Säkularen, Christen und Angehörige anderer Religionen geschaffen werden – eben all derer, die der Islam als Kuffr diskriminiert. Für diese Rechte ist weltweit einzutreten. Organisationen und Ländern, die in ihren Ländern Minderheitenrechte verletzen, ist Unterstützung nur unter der Bedingung zu gewähren, dass diese Praktiken aufgegeben werden. Der Westen hat hier einen beachtlichen Hebel in der Hand, den er bisher noch gar nicht nutzt.

Schriften, die die Diskriminierung von ‚Ungläubigen‘, also Andersgläubigen oder Säkularen fordern oder enthalten, sind wie ‚Mein Kampf‘ zu verbieten. Sie sind säkulare Schriften und stehen nicht unter dem Schutz der Religionsfreiheit.

Wer also als Moslem in Europa einen Aufenthaltstitel oder eine Staatsbürgerschaft will, hat sich öffentlich und verbindlich von derartigen Ansätzen und Praktiken zu distanzieren und einen Eid auf das Grundgesetz abzulegen. Tut er dies nicht, oder lässt er im Nachhinein erkennen, dass sein Eid und seine Erklärung Täuschungsversuche waren, erlöschen sofort sämtliche Rechte, einschließlich der befristeten Aufenthaltsgenehmigung, und eine sofortige Ausreise muss erfolgen.

Bei Einbürgerung muss wie in den USA ein umfassender Eid auf die Verfassung abgelegt werden. Wird nachgewiesen, dass der Eingebürgerte eidbrüchig ist, erfolgen die sofortige Ausweisung und Aberkennung der Staatsbürgerschaft.

Doppelte Staatsbürgerschaften kann es nicht geben.

Asylsuchende bei denen wirtschaftliche Motive erkennbar sind, sind nach Ablehnung ihres Antrags sofort abzuschicken. Die Mittel sind frei zu halten für Menschen mit tatsächlicher

politischer oder weltanschaulicher Verfolgung.

Asylsuchende, die weniger als 3 Jahre in der BRD leben, über kein eigenes Einkommen verfügen und in deren Ländern sich die politischen Verhältnisse stabilisiert haben, können mit Unterstützung repatriiert werden. Da die deutschen Mittel für die Asylpolitik beschränkt sind und eine unnötige weitere Verschuldung zu vermeiden ist, geschieht dies zugunsten der Asylsuchenden, die sich in akuter Gefahr befinden.

**Der Artikel beruht auf Gedanken von Steve McCann im American Thinker [„Immigration must benefit the host nation“](#) vom 28. April 2013 und den Ausführungen von Douglas Murray auf YT: [„Douglas Murray – Muslim immigration to Europe“](#).*



Stephen Hawking boykottiert Konferenz in Israel



Der vielleicht bedeutendste Physiker aller Zeiten, Stephen Hawking (Foto), ist ein selbstgerechter Heuchler, [meint der Guardian](#). Denn einerseits boykottiert er eine Konferenz in Israel, weil Israel – nun, warum eigentlich? Einen guten Grund hat er nämlich nicht. Im Gegenteil: Wie der Guardian herausstellt, hängt der schwerstbehinderte Hawking selbst von Hightech aus Israel ab, mit der er kommuniziert, und ohne die er Israel überhaupt nicht kritisieren könnte.

Dankbarkeit sieht anders aus! Und die Welt hat wirklich viel Grund, Israel als Quelle technologischen Fortschritts dankbar zu sein. Nicht zufällig sitzen die Entwicklungsabteilungen vieler Weltmarktführer der IT/TK-Branche, die ihren Sitz in den USA haben, nicht im Silicon Valley, sondern in Haifa und Umgebung.

Wir möchten daher die Gelegenheit nutzen, auf ein geniales Buch zu diesem genialen Land mit seinem genialen Volk hinzuweisen: startupnationbook.com. Wer dann als Unternehmer den Eindruck hat: Ich sollte Business mit Israel machen, weil Israel noch eine große Zukunft hat, dem legen wir die bilaterale Wirtschaftsvereinigung [DIW](#) ans Herz. Dort sind nicht nur wertvolle Informationen gehortet, sondern auch jahrzehntelange praktische Erfahrungen.

Die DIW ist eine Schatzkammer des soliden Wissens, der wohlerprobten Praxis und der herausragenden Beziehungen. Und Israel ist ein Land, das viele Mitbewerber weit hinter sich

lässt, unter anderem die gesamte arabisch-islamische Welt.

Video: BR über Brutalität im Amateurfußball

✘ Vor knapp zwei Wochen hat Kapitän Murat vom SV-DJK Taufkirchen bei München seinen Gegenspieler Matthias im Spiel beleidigt und angespuckt. Als es dem zu „bunt“ wurde, spuckte er gemäß des alt-testamentarischen Grundsatzes „Auge um Auge“ zurück. Murat holte nach Spielschluss einen Kumpan, schlug Matthias zu Boden und trat auf den Wehrlosen ein. Mit den Stollenschuhen. Erst in die Rippen, dann voll ins Gesicht ([PI berichtete](#)). Das Bayerische Fernsehen hat jetzt eine politisch hochkorrekte TV-Reportage über die zunehmende Brutalität im Amateurfußball gesendet und es in den knapp sechs Minuten geschafft, um den Kern des Problems herumzusegeln und die hauptsächliche Tätergruppe auszuklammern. *(Das Titelfoto ist ein screenshot aus dem BR-Bericht, wo gerade ein Schiedsrichter (!) von einem Spieler k.o. geschlagen wurde und noch am Boden (!) „bearbeitet“ wird)*

(Von Michael Stürzenberger)

Es gebe laut Staatsfunk „keine Antwort“ auf die Frage, woher die Gewalt komme und warum sie immer schlimmer werde. Die Verbände seien „hilflos“. Entweder haben die Sprecher der Fußballverbände alle einen Maulkorb bekommen oder die Selbstzensur des Bayerischen Fernsehens hat alle klaren Statements rausgefiltert. Die Szenen wurden übrigens auch alle mit Schleier versehen, aber man kann die migrantischen Gesichter trotzdem erkennen.

Wer selber früher Fußball gespielt hat, der weiß, dass es zwar immer harten körperlichen Einsatz und auch Tötlichkeiten gab, aber eben nicht diesen brutalen Vernichtungswillen, den man seit geraumer Zeit immer öfter registrieren muss. Ich selber habe seit meinem 9. Lebensjahr drei Jahrzehnte als Mittelstürmer in diversen Vereinen gespielt, immer zwei Verteidiger gegen mich, sowohl in Unterfranken als auch in Oberbayern, bis hinauf in die Bezirksliga. Bei aller gesunden Härte war immer Sportsgeist angesagt und Shake hands nach Spielfluß selbstverständlich. All meine Fußballfreunde und ich haben es niemals erlebt oder berichtet bekommen, dass auf einen Wehrlosen am Boden eingetreten wurde. Das aber geschieht mittlerweile offensichtlich häufig. Früher waren „multikulturelle“ Mannschaften mit Italienern, Spaniern oder Jugoslawen angereichert, die technische Kabinettstückchen, Leidenschaft und gelegentlich ihre „Diskussionskultur“ ins Spiel brachten, bei der sie manche Entscheidungen des Schiedsrichters ewiglang kommentierten, was nervig sein konnte. Aber das wars dann auch.

Jetzt gibt es im Amateurfußball einen stark zunehmenden Anteil an Türken und Arabern, und da machen sich ganz andere Einflüsse bemerkbar. Zum völlig überzogenen Nationalstolz, dem überschäumenden Temperament, der latenten Aggressivität und dem absurden „Ehr“-Begriff kommt auch noch die Gewaltbereitschaft durch die „Religion“ und die damit verbundene Weltanschauung hinzu. Wie es auch der Kriminologe Christian Pfeiffer in bezug auf den Islam feststellte: „[Je religiöser, desto gewaltbereiter](#)„. Das beobachtet man in den Großstadtdschungeln und auch auf den Fußballplätzen.

Das Bayerische Fernsehen ignoriert all das natürlich komplett. Die Szenen in der TV-Reportage sprechen allerdings für sich:

Kontakt Bayerisches Fernsehen:

» info@br-online.de

Bayerischer Fußballverband:

» bfv@bfv.de

(Videobearbeitung: *theAnti2007*)



Die ,volksverhetzende‘ Kreativität eines Polizisten

☒ Ein oberösterreichischer Polizist soll sich allzu kreativ an der Neudichtung der österreichischen Bundeshymne versucht und das Werk via Facebook-Posting an seine „Freunde“ verteilt haben. Einem der vermeintlichen Freunde, gefiel das aber wohl nicht und statt des „Likebuttons“ wählte er die Nummer der nächsten Dienststelle und erstattete Anzeige.

(Von *L.S.Gabriel*)

Am 30. April wurde gegen den Polizisten Alois R. Strafanzeige wegen des Verdachts der Herabwürdigung des Staates und seiner Symbole (§ 248/2 StGB), wegen Verhetzung (§ 283 StGB) und wegen Verstoßes gegen das Beamtendienstrechtgesetz (§ 43 BDG) erstattet. Der Vorwurf: Der Polizist soll unter anderem die Österreichische Bundeshymne verächtlich gemacht haben., berichtet der [Kurier](#).

Der Text des Anstoßes:

- „Land der Museln, Eurozone – Moschee und Minarett statt Dome,
- Land der Sozialbetrüger – wir werd'n blöder, anstatt klüger –
- Land der linken Demonstranten, Räuber, Diebe Asylanten –
- mutig in die neuen Zeiten, Richtung Abgrund wir stolz schreiten, –
- vielgeprelltes Österreich.“

Alois R., ist Personalvertreter der FPÖ-nahen Polizei-Gewerkschaft AUF und FPÖ-Ersatzgemeinderat. Er soll auch für eine „Ode an die neuen Bürger“ verantwortlich sein. Darin fordert er Ausländer auf, nach Österreich zu kommen, weil hier paradiesische Zustände auf sie warten würden.

- „...hier brauchst nichts tun – dafür kriegst gleich von Sozial- und Arbeitsamt Taschengeld du zuerkannt.
- Zum Vorteil würde dir gereichen mit Vaseline den Po zu streichen
- damit du nicht wirst wundgerieben vom Geld – dass dir in' Arsch reinschieben...“,

heißt es da.

R. dichtet aber schon länger. Bereits 2012 soll er persönliche Bilanz in Gedichtform gezogen haben:

- „Im Stillen denk ich auch schon dran welche Kirche ich besetzen kann
- a Villa mit an Hallenbad – an Springbrunn ganz aus Schokolad
- auf 2,3 Autos tat mi blanga des kann man wohl vom Staat verlanga!!“.

Zu jedem der Gedichte soll R. ein Foto mit zwei Polizisten gepostet haben, von denen einer durch ein Scharfschützen-

Gewehr und der andere durch einen Feldstecher blickt.

Die Ermittlungen dazu hatten letzte Woche begonnen. Herabwürdigung des Staates und seiner Symbole, Verhetzung und ein Verstoß gegen das Beamtendienstrechtgesetz werden dem Polizisten in der Anzeige vorgeworfen. Aus der Landespolizeidirektion sollen neben strafrechtlichen Ermittlungen auch Erhebungen wegen disziplinarrechtlicher Konsequenzen laufen.

Ja, Meinungsfreiheit war gestern. Denk- und Sprechverbote werden uns wohl in Zukunft auf Schritt und Tritt begleiten, in eine undemokratische, freiheitsfeindliche Zukunft. Das Paradoxon der Freiheit ist, dass man die Freiheit unsere Freiheit zu beschneiden wohl einschränken müsste.

Sir Karl Popper (1902–1994). Österreichisch-Britischer Philosoph jüdischer Abstammung sah es so:

Es gibt ein Paradoxon der Freiheit: Sie ist nur in Grenzen möglich. Grenzenlose Freiheit hebt sich auf.

Es gibt ein Paradoxon der Toleranz: Grenzenlose Toleranz, die auch die Intoleranten einschließt, beinhaltet die Gefahr, dass die Intoleranten die Toleranz abschaffen.

Es gibt ein Paradoxon der Demokratie: Wenn die Mehrheit des Volkes eine undemokratische Partei wählt, ist die Demokratie vorbei.

WELT: Härtere Strafen für

jugendliche Täter

[...] Bei Jugendlichen, die die persönliche Freiheit als grenzenlos interpretieren, ist die zeitweilige Freiheitsberaubung anscheinend ein wichtiges Stopp-Signal. Warum wollen „einfühlsame“ Psychologen, die diesen Arrest zum Teufelszeug erklären, klüger sein als die Jugendlichen selbst, die uns vom Erfolg dieser Maßnahme erzählen? Wir müssen wieder lernen, konsequent von den Opfern her zu denken. Sollten nicht das Leben und die körperliche Unversehrtheit potenzieller Opfer höher zu bewerten sein als die Bewegungsfreiheit eines jungen Mannes, der seine Aggressionen nicht im Griff hat? Bei Straftätern, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, sollte künftig grundsätzlich das Erwachsenenstrafrecht angewandt werden. ([Ganzer Artikel auf welt.de](#))



Linksextreme Attacke auf Univeranstaltung



Der Ring freiheitlicher Studenten (RFS) hatte für den 8. Mai 2013 an die Uni Graz zum Vortag „Marxismus zwischen Ideologie und Verbrechen“, des österreichischen Philosophen und Politikwissenschaftler Wolfgang Caspart geladen. Bereits im

Vorfeld hatte die Österreichische Hochschülerschaft (ÖH), der Uni Graz zur Agitation „gegen braune Propaganda“ aufgerufen.

(Von L.S.Gabriel)

Besonders erregt hatte die Linken, dass dieser Vortrag ausgerechnet für den 8. Mai angesetzt worden war.

Ausgerechnet am 8. Mai, dem „Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus“, veranstaltet der Ring Freiheitlicher Studenten (RFS) einen Vortrag mit dem Titel: „Marxismus: Zwischen Ideologie und Verbrechen“.

Die Auswahl des Tages lässt darauf schließen, dass hier eine Aufrechnung der Verbrechen der Nazis mit dem angenommenen „verbrecherischen“ Charakter der marxistischen Ideologie erfolgen soll.

Der antisemitisch konnotierte „Antimarxismus“ der Nazis, wo der „jüdische Bolschewismus“ zum Hauptfeind erklärt wurde, war u.a. die ideologische Rechtfertigung für den industriellen Massenmord an Jüdinnen und Juden,

alterierte sich die ÖH in einer Aussendung.

Prompt kam es dann, wie es kommen musste. Eine hysterische Horde von ca. 50 Antifaschisten machte sich auf, um den Uni-Hörsaal zu stürmen. Dabei wurden zwei Sicherheitskräfte verletzt, berichtet die [APA](#).



Schon vor dem Hörsaal kam es zu einem wilden Gerangel, ehe der linksextreme Pöbel kreischend und drohend den Vortrag unterbrechen konnte. Erst durch das Einschreiten der Polizei konnte die Lage unter Kontrolle gebracht werden.



In Folge war es dem Vortragenden Wolfgang Caspart aber möglich, eine zumindest abgespeckte Version seines Referats zu

halten.

Der Bundesobmann und Spitzenkandidat der RFS für die ÖH-Wahl, Alexander Schierhuber sagte: „Dass speziell an den Unis dieser Narrensaum fanatisierter Linksextremisten gerne sein Unwesen treibt, ist nichts Neues“. Bedenklich sei es aber, dass unter den Angreifern auch die Bundes-Spitzenkandidatin der Grünalternativen Studenten (GRAS), Marie Fleischhacker, und der Grazer KPÖ-Gemeinderat Robert Krotzer waren. „Hier sind ganz offensichtlich demokratiefeindliche Kräfte in Mandate gewählt worden oder schicken sich an, gewählt zu werden“, so Schierhuber und erinnert an die Worte des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß, der angesichts einer linken Störung einer politischen Kundgebung einst gesagt hat:

„Wer durch Lautstärke oder andere Gewaltanwendung die Abhaltung einer politischen Veranstaltung verhindern will, ist ein Radikaler, ein Extremist und in den Methoden ein Nazi.“

Schierhuber weiter: „Der Marxismus ist eine Ideologie, die ohne Verbrechen nicht auskommt, nicht einmal dann, wenn er vorgibt, sich den demokratischen Spielregeln zu unterwerfen und – als Grüne oder als Kommunisten – bei Wahlen antritt“. Die methodischen Ähnlichkeiten seien durchaus nicht zufällig und bestätigen auch den Titel des RFS-Vortrags.

Und wieder einmal wurde hier durch diese gewaltbereiten, demokratiefeindlichen Meinungsterroristen eindrücklich bewiesen, dass der Linken die Versammlungs- und Meinungsfreiheit nur wichtig ist, wenn sie selbst mit ihren hirn- und argumentlosen Fusstruppen gegen die Gesellschaft agitiert.

Bonn und die Freiheit der Andersdenkenden



Die Kundgebung, die PRO NRW am 5. Mai 2013 zum Jahrestag der salafistischen Ausschreitungen in Bonn-Lannesdorf durchführte, und die im Vorfeld große mediale Aufmerksamkeit erregte, veranlasste zahlreiche Bürger, dem Bonner General-Anzeiger (GA) ihre Sicht des Erlebten mitzuteilen. Sympathisanten, die an der Demo teilnehmen und Interessierte, die zuhören wollten, wurden, wie üblich, daran gehindert. Offenbar begaben sich dann viele der Abgewiesenen auf die „Gegenseite“ und waren zutiefst erschrocken über die Welle des antifaschistischen Hasses, die ihnen gegen Andersdenkende und „Bullen“ entgegenschlug.

(Von Verena B., Bonn)

Hier einige Leserbriefe zum Bericht des GA [„Polizei stellt die stärkste Gruppe“](#) vom 6. Mai:

Für Meinungsfreiheit

Sie zitieren in Ihrem Artikel zur Pro-NRW-Kundgebung Manni Stenner – den Organisator der Gegenbewegung „Bonn stellt sich quer“ – mit den Worten, er bezeichnete es als „Zumutung, dass Gruppen wie Pro NRW ihre Meinung frei äußern dürfen“. Es ist

nicht zu fassen, da geben solche Leute vor, die einzigen aufrechten Kämpfer für Demokratie zu sein, und wollen allein bestimmen, welche Meinungen frei geäußert werden dürfen und welche nicht. Diese Leute sind die Totengräber der Demokratie, die mit solchen Aussagen ein extrem schlechtes Beispiel geben. Demokratie lebt von der freien Meinungsbildung von freien Bürgern, die im freien Wettbewerb ihre Ansichten austauschen. Leider halten Parteien, Lehrer, Medien, Kirchen, Gewerkschaften, und weitere, weiterhin nicht dagegen und verhindern dadurch, ein kultiviertes Miteinander in der politischen Auseinandersetzung. Es ist sehr schwer, tolerant zu sein, und deshalb ist Demokratie auch nichts für schlicht denkende Menschen.

Klaus Buff, Bonn

Islamkritik = „Plumpe Parolen“ der „rechten Rattenfänger“

Ein ausdrückliches Lob Herrn Franz für seinen weisen, ausgewogenen sowie zielführenden und zugleich mutigen Kommentar zur Pro-NRW-Kundgebung und der Gegenkundgebung des Bündnis „Bonn stellt sich quer“ auf dem Godesberger Theaterplatz. Lautstark tönen und Handeln sind halt zweierlei Sachen. Schrille Töne schaffen eben noch keine Problemlösung, phrasenhaft vorgetragene Lippenbekenntnisse können die Wirklichkeit nicht wegzaubern, nur schönfärben.

Entsetzen und Nachdenken zugleich muss aber die Haltung des Profi-Protestlers Manni Stenner im Hinblick auf die freie Meinungsäußerung in unserem Lande hervorrufen. Gott sei Dank ist diese in der Bundesrepublik grundgesetzlich garantiert und nicht abhängig vom Gutdünken einzelner, die sich für „lupenreine“ Demokraten halten und die Demokratie für sich gepachtet haben.

So schwer dies auch manchmal nur zu respektieren und ertragen ist: Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden.

Verbote allein – primär oder ausschließlich – helfen im Kampf gegen politischen Radikalismus und Extremismus nicht immer weiter, auch wenn dies mitunter in der Verteidigung der demokratisch-rechtsstaatlichen Grundordnung sowie der Gewaltbekämpfung unverzichtbar ist. Aber Gesinnungen lassen sich nun mal nicht so eben abschaffen.

Entscheidend sind Problemlösungen, damit plumpe Parolen auf keinen fruchtbaren Boden fallen und offene, kompromisslose Auseinandersetzungen in der Sache, um den politischen Rattenfängern von Rechts – aber auch von Links – das Wasser abzugraben. Die gleiche Entschiedenheit gilt im Hinblick auf jedweden religiösen Fundamentalismus und Fanatismus.

Blindheit auf dem einen oder andern Auge ist fatal. Es heißt, entschieden mit beiden Augen nach allen Seiten und Gefahrenpunkten zu schauen und diese beim Namen zu nennen. Genau dies muss bei den Machern vom Bündnis „Bonn stellt sich quer“ aber in Zweifel gezogen werden. Bedauerlich, dass sich so manche im guten Glauben, insbesondere Volksparteien (so auch meine eigene) vor einen solchen Karren spannen lassen. Gut gemeint erweist sich oft als schlecht gemacht.

Georg Schäfer, Bonn

General-Anzeiger kriegt sein Fett weg

Es macht nachdenklich, dass im General-Anzeiger seit Bekanntwerden der Pro-NRW-Veranstaltung zum Gedenken an die zum Teil schwer verletzten Polizisten in Lannesdorf fast täglich Gegendemos beworben und die zum Gedenken Mahnenden als Rechtsradikale verunglimpft werden. Wo bleibt die Solidarität – besonders die unseres verehrten Oberbürgermeister – zu unseren Ordnungshütern?

Man muss kein Anhänger von Pro NRW sein um zu erkennen, welche Demo vor einem Jahr in Lannesdorf sich friedlich auf dem Boden des Grundgesetzes bewegte und welche das Prädikat „radikal“

verdient. Noch nachdenklicher wird man, wenn sich sogar Kirche und Schulen – Letzteres ist besonders bedenklich – Organisationen solidarisch anschließen, die geltendes Recht (Artikel fünf des Grundgesetzes) offenbar aus dem Auge verloren haben. Hat man den Schülern vermittelt, wozu es eines riesigen Polizeiaufgebotes bedarf, wenn eine Partei der verletzten Polizeibeamten von Lannesdorf gedenkt? Haben die Kirchen zu Lichterketten aufgerufen, um der Verletzten zu gedenken? Bedeutet das Motto „Wir gehen woandershin“, dass man die verbrecherischen Angriffe auf Polizisten als normal erachtet und das Gedenken ihrer radikalisiert?

Reinhard Stenzel, Bonn

Arabische Laute und Fußballspiele lösen Religionsprobleme

Mit unseren Aktionen „Wir gehen woanders hin“ wehren wir uns gegen radikale Verleumdungen ganzer Bevölkerungsgruppen – aber nicht mit Trillerpfeifen, die wirklich keine Argumente darstellen. Unsere bewusst dezentralen Veranstaltung liefen weitgehend ohne Lärm ab, vielmehr mit konkreter Auseinandersetzung und Information: zum Beispiel durch die sehr engagierte Lehrerin Nazli Mahjoubi, die im Gemeindehaus der Johanneskirche aus ihrem bi-kulturellen Hintergrund differenziert berichtete, durch die harmonische, Gespräche fördernde Atmosphäre in der „Oase“ des Amos-Comenius-Gymnasiums bei Kaffee und Kuchenspenden. Hazem Alar Eldin brachte uns dort mit Klängen der Arabischen Laute eine andere Musikkultur näher, viele Kinder erfuhren, dass viele Kinder gern Fußball oder Völkerball spielen; egal, woher sie kommen.

Vielfältige Kontaktmöglichkeiten sind wirklich noch sinnvoller als schlichte Lautstärke – wenn auch sehr eindrücklich die vielen Glocken – evangelischer wie katholischer Kirchen – eine ganze Viertelstunde die Stadt beschallten und so mehr als 200 Menschen zum ökumenischen Friedensgottesdienst riefen. Insgesamt waren das Aktionen mit 400 bis 500 Teilnehmern (Kinder nicht mitgezählt!), die keine zusätzliche

Polizeipräsenz erforderten. Auch so konnten wir zeigen, dass wir viel mehr sind als die, die sich radikalisieren. Vielen Dank, Rüdiger Franz, für die sehr genaue Formulierung „religiös motivierter Extremismus“, die das Phänomen besser beschreibt als diskriminierende „-ismen“, die sonst in diesem Zusammenhang verwendet werden.

Hildegard Rehders, Bonn

Der „Kampf der Kulturen“ ist in vollem Gange! Welche Kultur wird sich durchsetzen? Wenn der Muezzin-Ruf die christlichen Glocken zum Schweigen bringt (die während selbigen Gekreisches nicht läuten dürfen, ebenso wie zur Zeit der muslimischen Gebete keine christlichen Gottesdienste stattfinden dürfen), dann wissen wir es!



Lob von Links für eurokritische AfD

☒ Die Alternative für Deutschland (AfD) kann eine neue Marke bei den Mitgliederzahlen vermelden. Laut [Junger Freiheit](#) kommt die Partei nur wenige Wochen nach ihrer Gründung bereits auf 13.000 Parteigänger. Bis auf Bremen gäbe es nun überall Landesverbände. Hier könnte sich eine Zusammenarbeit mit den konservativen und im Bremer Senat vertretenen [Bürgern in Wut](#)

anbieten.

(Von Étienne Noir)

Die Partei betonte erneut, dass ehemalige Mitglieder der NPD (Projekt des Verfassungsschutzes) und der DVU (nicht mehr existent) nicht in die neue Partei aufgenommen werden. Damit kann auch besser vermieden werden, dass V-Leute, also Beamte, Spitzel und Zuträger des Verfassungsschutzes, die diese Parteien durchsetzen bzw. durchsetzt haben, als U-Boote (sprich Saboteure) in die AfD einsickern können, um dort durch Querelen oder gezielte Streuung von bestimmten Aussagen gegenüber den „Qualitätsmedien“ die Partei zu schädigen. Der Verfassungsschutz schützt schließlich nicht die Verfassung oder das Grundgesetz, sondern hauptsächlich die eigenen Arbeitsplätze und das etablierte Machtkartell. Deshalb ist hier eine besonders vorsichtige Haltung das Gebot der Stunde.

Unerwartete Zustimmung hat die AfD derweil von einem linken Altphilosophen erhalten. Jürgen Habermas, einer der wichtigsten Vordenker der linksradikalen „Frankfurter Schule“, wünscht der Alternative für Deutschland alles Gute bei der anstehenden Bundestagswahl. Habermas kritisierte die „merkelfrommen Medien“ und warf diesen vor, die Bürger nicht richtig über das Eurodebakel zu informieren. [Laut linker Frankfurter Rundschau](#) sagte Habermas:

„Unter den besonderen Bedingungen der Europäischen Währungsunion unterwirft die Politik der fiskalischen Konsolidierung alle Mitgliedstaaten, ungeachtet der Unterschiede im Entwicklungsstand ihrer Ökonomien, den gleichen Regeln und konzentriert, in der Absicht der Durchsetzung dieser Regeln, Eingriffs- und Kontrollrechte auf der europäischen Ebene. Ohne eine gleichzeitige Stärkung des Europäischen Parlaments befestigt diese Bündelung von Kompetenzen bei Rat und Kommission die Entkoppelung der nationalen Öffentlichkeiten und Parlamente von dem abgehobenen, technokratisch verselbstständigten Konzert der

markthörigen Regierungen. [...] In der Bundesrepublik bestärkt eine unsäglich merkelfromme Medienlandschaft alle Beteiligten darin, das heiße Eisen der Europapolitik im Wahlkampf nicht anzufassen und Merkels clever-böses Spiel der Dethematisierung mitzuspielen. Daher ist der ‚Alternative für Deutschland‘ Erfolg zu wünschen. Ich hoffe, dass es ihr gelingt, die anderen Parteien zu nötigen, ihre europapolitischen Tarnkappen abzustreifen [...]“

Zuvor hatten bereits das Urgestein der Linken, Oskar Lafontaine, die [Europolitik der AfD bestätigt](#) und dessen Liebschaft [Sahra Wagenknecht](#), derzeit Parteichefin der Linken, erklärt, die AfD habe in vielen Punkten Recht.

Bei Wikipedia ist man derweil bemüht, die Alternative für Deutschland weniger positiv darzustellen. So wurden mittlerweile die beiden vorgenannten bestätigenden Aussagen von Wagenknecht und Lafontaine wieder aus dem Beitrag getilgt. Ebenso wurde die [Aussage des Extremismusforschers Eckard Jesse](#) von der TU Chemnitz gelöscht. Jesse hält eine Unterwanderung der AfD durch Neonazis, wie von der NPD behauptet, für ausgeschlossen. Jesse sagte: „Was die NPD da versucht, ist ein Armutszeugnis für eine Partei im Niedergang.“

Es wirft ein ganz eigenes Licht auf Wikipedia, wenn dort lieber Tendenzartikel linksgerichteter Medien oder irgendwelche EU-Lobbyisten von regierungsnahen Instituten angeführt, positive Meldungen aber fein säuberlich aussortiert werden. Die deutschsprachige Ausgabe der Wikipedia hat nicht umsonst international einen schlechten Ruf.



Video München: Moslem mit Affenmaske



Bei der FREIHEIT-Kundgebung am vergangenen Samstag an der Münchner Freiheit lief ein Moslem mit einer Affenmaske herum und versuchte sich in Pantomime. Wir wissen nicht genau, was er damit symbolisieren wollte, da er vor und nach seiner Vorstellung nicht mit uns darüber kommunizierte, sondern nur herumhüpfte und gestikuliert. Es gibt drei Möglichkeiten: 1. Er wollte uns beleidigen. 2. Er wollte veranschaulichen, wie man im Islam über Juden denkt, die korankonform als „Nachkommen von Affen und Schweinen“ diffamiert werden. 3. Er zeigte, was er selber von sich hält.

(Von Michael Stürzenberger)

Hier das Video:

(Kamera: Libero)

CSU-Stadtrat Marian Offman, ein Jude, ist mittlerweile schon fast ein fester Bestandteil der linken Gegendemonstrationen zu unseren Kundgebungen und war auch am Samstag wieder längere Zeit vor Ort. Es ist spannend zu beobachten, wie er sämtliche brandgefährlichen Aspekte des Islams konsequent ausblendet und stur seine von der CSU München wohl vorgegebene Strategielinie durchzieht: Den Islam, Imam Idriz und das ZIEM nicht zu kritisieren, um damit die Sympathien der 120.000 Münchner Moslems und des daraus erwachsenden gewaltigen Wählerpotentials zu erringen. Hierzu folgen in Kürze weitere Videos.

(Kamera: Libero)



Nachruf auf den Evangelischen Kirchentag 2013



Aus, vorbei, endlich. Wir haben es mal wieder überstanden. Natürlich nur für zwei Jahre. Denn dann droht er wieder: der Evangelische

Kirchentag. Und vermutlich wird dann alles noch schlimmer werden, noch kitschiger und noch infantiler. Denn 2015 findet die zentrale Heerschau aller Weinerlichen, Betroffenen und Empfindsamen in Stuttgart statt, also im Mekka des württembergischen Pietismus, dessen Neigung zu Gefühllichkeit, Sentimentalität und moralischer Entrüstung den idealen kulturellen Nährboden für jene ökosozialistischen Erlösungsphantasien bildet, deren neuheidnischer Ausdruck der Kirchentag in so penetranter Weise ist... (Fortsetzung [im CICERO!](#))



Neues vom Hetzer!



Wenn Kenan Kolat (Foto links mit SPD-Parteifreund Edathy), Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland, [ausnahmsweise mal keine Forderungen stellt](#), nutzt er seine freie Zeit, um gegen die Deutschen zu hetzen. „Wir haben es in Deutschland mit sogenannter gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu tun. Diese betrifft nicht nur die Muslime, sie betrifft auch

Homosexuelle, Juden, Frauen, Sinti und Roma, sozial Schwächere oder Obdachlose“, so Kolat vor wenigen Tagen [gegenüber AFP](#).

Muslimfeindlichkeit äußere sich laut Kolat darin, dass Muslime „als minderwertige Menschen angesehen“ und „stigmatisiert“ werden und dass „Islam mit Terrorismus gleichgesetzt“ werde. Dazu, ob seine Deutschenfeindlichkeit nicht auch eine Form „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ sei, äußerte sich Kolat leider nicht. Aber wenigstens schön, dass der „Deutsch-Türke“ Kolat plötzlich ein Herz für Homosexuelle, Juden und Frauen hat. (ph)

Hier die beiden ersten Kommentare unter dem mdr-Artikel:

Alexander Voronin:

„Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“? Wieso fallen mir da immer diese Bilder ein: Fünf gruppenbezogene Menschenfeindliche treten mitten auf dem Alexanderplatz Johnny K. tot. Die Religion dieser gruppenbezogenen Menschenfeindlichen tut hier nichts zur Sache.

Fünf oder sechs gruppenbezogene Menschenfeindliche treten/schlagen in Kirchweyhe bei Bremen Daniel S. (25) tot. Es wäre nett, wenn Herr Kolat sich auch zu dieser „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ geäußert hätte.

Und wenn man in die Frauenhäuser guckt, dann scheint diese „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ gegenüber Frauen auch sehr stark von einer gewissen Kultur gefrönt zu werden. Man geht von 70 bis 80% Frauen aus einem gewissen Kulturkreis aus, die in die Frauenhäuser flüchten. Das gleiche betrifft den Antisemitismus. Weiß Herr Kolat überhaupt, was er redet.

Markus:

Na was für'n Glück, dass es in der Türkei so harmonisch zu sich geht. Mal abgesehen von Inhaftierten Journalisten, unterdrückten Kurden, Christen die Kirchen nur nach Erlaubnis betreten dürfen. Von den Türken kann man lernen.



8. Mai in Wien „Fest der Freude“



Der 8. Mai ist dieses Jahr in Wien zu einem Fest der Freude gemacht worden. Nachdem früher rechte Burschenschaftler aufzogen und Gedenkreden gehalten wurden, was die Antifa auf den Plan rief, hat man jetzt ein paar Soldaten auf den Heldenplatz gestellt, und gestern abend spielten dort die Wiener Philharmoniker kostenlos zur Befreiung Europas, wie es hieß. Es sei ein „Freudentag“, sagte der Kanzler. Gleichzeitig unterstrich die Regierungsspitze die friedensstiftende Kraft der EU. SPÖ und die Grünen waren begeistert und fragten, warum man nicht schon lange auf diese [Idee gekommen sei](#). Das Foto zeigt Wien im April 1945. Vielleicht liegt es daran? Aber Berlin wird sicher auch bald einen EUdSSR-Feiertag aus dem 8. Mai machen.